



Imame – made in Europe?

Ausbildung und Beschäftigung von islamischen Geistlichen in Deutschland und Frankreich

Andreas Jacobs, Janosch Lipowsky

- › Seit mehreren Jahren werden in Deutschland und Frankreich Modelle der Ausbildung, Finanzierung und Beschäftigung von Imamen diskutiert und zum Teil erprobt. Ein System der Imamausbildung konnte allerdings in beiden Ländern noch nicht etabliert werden.
- › Trotz anderer Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sehen sich beide Länder vor der Herausforderung, dass der Staat die Inhalte der Imamausbildung nicht vorgeben kann, auf Seiten der islamischen Religionsgemeinschaften aber kaum repräsentative und religiös kompetente Ansprechpartner vorfindet.
- › Das deutsche Modell der Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften bietet gewisse Vorteile. Deutschland konnte hierdurch akademische Angebote als Grundlage einer inländischen Ausbildung aufbauen, ohne sich von Dachverbänden oder ausländischen Regierungen abhängig zu machen.
- › Demgegenüber haben die spezifischen französischen Rahmenbedingungen zur Entwicklung und Erprobung einer Reihe von flexiblen Ansätzen und Modellen geführt. Einige Elemente dieser Ansätze könnten auch in Deutschland stärker genutzt werden.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Imame und Imamausbildung in Deutschland und Frankreich: Geschichte und Gegenwart	2
3. Imame und Imamausbildung in der politischen Debatte.....	6
4. Neue Ideen, Initiativen und Projekte.....	8
5. Vergleich und Auswertung.....	12
6. Schlussfolgerungen.....	13
Impressum	17

1. Einleitung

Zum Auftakt der vierten Deutschen Islam Konferenz (DIK) erklärte Innenminister Horst Seehofer Ende November 2018, dass die Frage nach Ausbildung und Einsatz von Imamen in Deutschland den Schwerpunkt der neuen Legislaturperiode der DIK bilden werde.¹ Bundeskanzlerin Angela Merkel bekräftigte dies am 12. Dezember 2018 im Deutschen Bundestag: „Wir brauchen aus meiner Sicht auch eine Imam-Ausbildung in Deutschland. Das macht uns unabhängiger und ist für die Zukunft notwendig.“²

Imamausbildung
Schwerpunkt der
Islam Konferenz

Die Diskussion über die Ausbildung, Finanzierung und Beschäftigung von Imamen in Deutschland gewinnt also wieder an Fahrt – neu ist sie nicht. Bereits seit Jahren steht die Forderung nach in Deutschland und auf Deutsch ausgebildeten islamischen Geistlichen im Raum. Allerdings hat sich an der Auslandsorientierung hiezulande tätiger Imame bislang wenig geändert. Ursachen sind die starke Bindung muslimischer Verbände an ausländische Akteure, die bislang unzureichenden Finanzierungsmöglichkeiten, rechtliche Hürden und nicht zuletzt politische und religiöse Vorbehalte. Auf der Suche nach neuen Wegen und Modellen der Ausbildung und Beschäftigung von Imamen lohnt der Blick ins Nachbarland Frankreich. Hier wird bereits seit Jahren eine Imamausbildung im Inland diskutiert und in einigen Modellprojekten erprobt. Das vorliegende Papier skizziert die bisherige Praxis in Deutschland und Frankreich, diskutiert Kritik und Reformmodelle und arbeitet Unterschiede und Gemeinsamkeiten heraus.

Auch Frankreich
sucht nach neuen
Wegen.

2. Imame und Imamausbildung in Deutschland und Frankreich: Geschichte und Gegenwart

2.1 Deutschland

Die Organisation muslimischen Gemeindelebens begann in Deutschland vergleichsweise spät. Aufgrund der verbreiteten Vorstellung, dass die seit den 1960er Jahren eingewanderten muslimischen Gastarbeiter nach einigen Jahren des Aufenthalts wieder in ihre Herkunftsländer zurückzukehren würden, investierten zunächst weder die Muslime noch der Staat in den Aufbau religiöser Infrastruktur. Erst mit der Verfestigung des Bleibewunsches in den 1970er Jahren begannen die Muslime in Deutschland mit der Gründung von Moscheevereinen und Verbandsstrukturen.

Das deutsch-türkische Entsendesystem

Der türkische Staat bzw. die türkische Religionsbehörde Diyanet reagierte auf diese Entwicklung und initiierte 1984 die Gründung der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) mit Hauptsitz in Köln.³ Ziel war es, den türkischen oder türkischstämmigen Muslimen in Deutschland ein vom türkischen Staat kontrolliertes Angebot religiöser

„Moschee-Diploma-
tie“ im beiderseitigen
Interesse

Infrastruktur zu machen, um deren Bindung an den türkischen Staat sicherzustellen. Das Angebot der Entsendung von Imamen durch Diyanet wurde in Deutschland zunächst als Arrangement mit beiderseitigem Nutzen begriffen. Die religionspolitischen Interessen des säkularen Bündnispartners Türkei wurden von deutscher Seite als komplementär angesehen und die Rückbindung der „Gastarbeiter“ an das Herkunftsland sowie die ausländische Finanzierung von Imamen grundsätzlich begrüßt.

In der Folge etablierte sich ein System, in dem DITIB nahezu ausschließlich von der türkischen Religionsbehörde entsandte Imame beschäftigt, denen die deutschen Behörden im Gegenzug problemlos mehrjährige Aufenthaltserlaubnisse gewähren. Die Imame haben in der Mehrzahl ein theologisches Studium in der Türkei absolviert und bleiben in der Regel vier bis fünf Jahre in Deutschland. Als türkische Staatsbeamte sind sie gegenüber dem Religionsattaché des zuständigen türkischen Konsulats weisungsgebunden.⁴

Bereits in den Neunzigerjahren kam Kritik an dieser Praxis auf.⁵ Diese Kritik betraf vor allem die Sozialisations- und Sprachdefizite der entsandten Imame. Diyanet richtete hierauf in Zusammenarbeit mit deutschen Institutionen sprachliche, kulturelle und gesellschaftspolitische Schulungen für zukünftige Auslandsimame in Deutschland ein.⁶ Zusätzlich etablierte die türkische Religionsbehörde 2006 einen „Internationalen Studiengang Islamische Theologie“ in Istanbul und Ankara. Bis 2016 hatten schätzungsweise mehrere Hundert Studierende aus Deutschland diesen Studiengang durchlaufen. Rund 60 von ihnen sollen danach Festanstellungen in deutschen DITIB-Moscheen erhalten haben.⁷

DITIB reagiert auf
Kritik.

Imame anderer Moscheeverbände

Nach eigenen Angaben stellt DITIB mit 986 Ortsgemeinden⁸ nach wie vor die meisten Moscheen in Deutschland und etwas weniger als die Hälfte der etwa 2.000 bis 2.500 zurzeit hier tätigen Imame.⁹ Die übrigen Imame stammen zu 80 bis 90 Prozent ebenfalls aus dem Ausland, insbesondere aus der Türkei, Nordafrika, Albanien und dem ehemaligen Jugoslawien, aber auch aus Ägypten und aus dem Iran.¹⁰ Zahlenmäßig bedeutsam sind vor allem die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG)¹¹ mit – nach eigenen Angaben – 323 Moscheen¹² in Deutschland und der Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ)¹³ mit rund 300 Moscheen.¹⁴ Während VIKZ seit Ende der Achtzigerjahre eigene Imame in Köln ausbildet, beschäftigt IGMG neben Ehrenamtlichen viele ehemalige DITIB-Imame.

Imame kommen aus
dem Ausland.

Die „Islamische Gemeinde der Bosniaken in Deutschland“ (IGBD) unterhält nach eigenen Angaben über siebzig Moscheen in Deutschland. Die hier tätigen Imame sind zwar Angestellte der Gemeinden, werden aber meistens in Bosnien-Herzegowina ausgebildet und sind den dortigen Verbandsstrukturen zugeordnet.¹⁵ Darüber hinaus existieren noch einige kleinere Institute und Imam-Seminare, die aber bislang nur bestimmte muslimische Gruppierungen ansprechen und eher Randphänomene geblieben sind. Hierzu zählt u. a. das 2013 gegründete „Europäische Institut für Humanwissenschaften“ (EIH) in Frankfurt, das als Einrichtung der Muslimbruderschaft in Deutschland gilt und enge Beziehungen zur ähnlichen Institutionen in ganz Europa unterhält.¹⁶

Als problematisch werden in Deutschland außerdem einzelne Prediger angesehen, die mit Touristenvisen (z. B. während des Ramadan)¹⁷ für einen begrenzten Zeitraum nach Deutschland einreisen und in der Regel über keinerlei Kenntnisse ihres Gastlandes verfügen. Sie werden zum Teil von ausländischen Akteuren und Religionsbehörden wie etwa der Al-Azhar in Kairo entsandt und sind meist auf Spenden und Mitgliedsbeiträge der sie beherbergenden Moscheegemeinden angewiesen.

Fehlende Kenntnisse
des Gastlandes

Imamausbildung an deutschen Hochschulen?

Die fortgesetzte Kritik an der Auslandsentsendung von Imamen war bereits bei der erstmaligen Einberufung der DIK im Jahre 2006 ein wichtiges Thema.¹⁸ Der auf der DIK initiierte Diskussionsprozess führte 2010 zur Etablierung einer eigenständigen islamischen Theologie an deutschen Hochschulen als Grundlage zur Ausbildung muslimischer Religionslehrer, Seelsorger und Imame in Deutschland. Bis heute konnten an fünf bzw. sechs Universitätsstandorten (Münster, Osnabrück, Frankfurt/Gießen, Nürnberg-Erlangen und Tübingen) mit rund zwei Dutzend Professuren Institute für islamische Theologie eingerichtet werden.¹⁹ Ein weiterer Standort (Berlin) wird 2019 eröffnet. Die Lehrstühle und Institute sind mittlerweile personell, finanziell und akademisch etabliert und viele der Lehrstuhlinhaber sind gefragte Gesprächspartner von Politik und Medien.

An die Studiengänge war von Beginn an die Intention geknüpft, die akademische Grundlage für eine Ausbildung von Imamen in Deutschland zu legen. Nach deutschem Religionsrecht unterliegt die praktische Ausbildung und Finanzierung von religiösem Personal allerdings den Religionsgemeinschaften und müsste in einem Ausbildungsinstitut der islamischen Religionsgemeinschaft(en) stattfinden.²⁰ Bei diesen fällt die Resonanz auf die Lehrstühle bislang zurückhaltend aus. Die Verbände misstrauen der staatlich initiierten Theologie und befürchten inhaltliche Einmischungen. Darüber hinaus fehlen ihnen oft organisatorische Kompetenz, inhaltliche Professionalität und personelle Ressourcen, um den Aufbau islamischer Theologien in Deutschland konstruktiv zu begleiten. Beobachter schätzen die Chancen, dass sich DITIB auf eine grundsätzliche Kooperation mit deutschen Hochschulen zur Qualifizierung von Imamen einlassen könnte, deshalb kritisch ein. Eine solche Zusammenarbeit würde die Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten des Diyanet in Deutschland verringern und ihr Interesse an einer türkisch-nationalen Identitätswahrung untergraben.²¹ Dementsprechend haben DITIB und IGMG bislang lediglich eine Handvoll Absolventen der neuen Studiengänge weiter geschult und als Imame eingestellt.

Als weiteres Hindernis der Zusammenarbeit zwischen Staat und muslimischen Verbänden erweist sich immer wieder der unbefriedigende Rechtsstatus letzterer. Religionsgemeinschaften genießen als Körperschaften des öffentlichen Rechts (KdöR) in Deutschland weitreichende Rechte. Sie bestimmen u. a. die Lehrinhalte an Schulen und Universitäten und haben die Möglichkeit, durch staatliche Finanzbehörden Steuern ihrer Mitglieder erheben zu lassen. Während sich die jüdische Gemeinde sowie einige kleinere andere nicht-christliche Glaubensgemeinschaften in dieses Kooperationsmodell integriert haben und als KdöRs anerkannt sind, ist dies unter den muslimischen Gemeinschaften bislang nur der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde in zwei Bundesländern gelungen. Obwohl momentan intensive Debatten über den Rechtsstatus muslimischer Organisationen geführt werden,²² ist eine Erteilung von Körperschaftsrechten momentan eher unwahrscheinlich.

2.2 Frankreich

Nicht zuletzt aufgrund der Kolonialgeschichte ist die Präsenz des Islam im politischen und gesellschaftlichen Diskurs in Frankreich älter als in Deutschland. Allerdings hat sich der französische Staat, abgesehen von einigen politischen Symbolakten wie der Errichtung der Großen Moschee in Paris,²³ aufgrund des Gesetzes über die Laizität aus dem Jahre 1905 ebenfalls lange aus der Organisation muslimischen Gemeindelebens herausgehalten. Dies änderte sich auch in Frankreich in den 1970er Jahren.²⁴

Der französische „Konsulats-Islam“

In seinem damals einsetzenden Bemühen, den Islam in Frankreich zu organisieren, wandte sich auch der französische Staat zunächst an die Regierungen der Herkunftsländer. Bereits früh knüpfte die französische Seite hieran die Hoffnung, dass durch die Akkreditierung von Imamen, die von Partnerländern ausgebildet und entsandt wurden, den aufkommenden

Schwierige Etablierung
Islamischer
Theologie

Fehlender Rechts-
status für Islam-
verbände

Fragmentierung
der französischen
Muslime

Aktivitäten transnationaler islamistischer Bewegungen und Prediger Einhalt geboten werden könne.²⁵ Dies etablierte ein oft *islam consulaire* genanntes System, in dem Imame durch Beamtenstatus eng an die Herkunftsländer gebunden, von den Konsulaten der Entsendeländer betreut und im Moscheenetzwerk der jeweiligen nationalen Verbände verteilt wurden. Da Austausch und Kommunikation zwischen den einzelnen Verbänden kaum stattfanden, wurde hierdurch die Fragmentierung der französischen Muslime in ethnisch-nationale Gruppen (türkisch, maghrebinisch, senegalesisch usw.) weiter vorangetrieben.

Diese Fragmentierung ist in Frankreich mehr noch als in Deutschland ein Thema. Dies liegt insbesondere an der Konkurrenzsituation zwischen den drei großen islamischen Dachverbänden. Der kleinste dieser Verbände ist das „Netzwerk der Großen Moschee von Paris“ (GMP).²⁶ Die GMP wurde vom französischen Staat 1926 errichtet und lange als primärer Ansprechpartner zu Fragen des Islam im Land angesehen. Nach wie vor wird die GMP sowohl vom französischen als auch vom algerischen Staat bezuschusst. Ihr stehen schätzungsweise 150–200 Moscheegemeinden nahe. Reformen des Vereinsrechts während der Ära Mitterrand begünstigten ab den 1980er Jahren die Selbstorganisation muslimischer Verbände und führten zur Gründung der „Union des organisations islamiques de France“ (UOIF), die von Beobachtern als Ableger des algerischen Zweigs der Muslimbruderschaft bezeichnet wird und gegenwärtig etwa 200–250 Moscheen vertritt. Als größte muslimische Organisation gilt allerdings die marokkanisch dominierte und in der Regel als konservativ beschriebene „Fédération Nationale des Musulmans de France“ (FNMF). Schließlich gibt es noch das „Comité de coordination des musulmans turcs de France“ (CCMTF), welches – wie seine deutsche Schwesterorganisation DITIB – fast ausschließlich entsandte Diyanet-Imame beschäftigt.

Wie in Deutschland liegen in Frankreich keine belastbaren Zahlen zu Imamen vor.²⁷ Die Zahl der Moscheen wurde 2017 auf knapp 2.500 geschätzt. Die Gesamtzahl der Imame soll 2013/2014 zwischen 1.200 bis 1.800 gelegen haben und dürfte sich mittlerweile erhöht haben. Von diesen soll rund ein Viertel im Besitz der französischen Staatsbürgerschaft sein. Anders als in Deutschland ist das Gros der in Frankreich tätigen Imame aber nicht offiziell von Drittstaaten entsandt. Eine Studie des französischen Senats aus dem Jahre 2016 beziffert die Zahl der offiziell entsandten Imame auf 301 (30 aus Marokko, 120 aus Algerien und 151 aus der Türkei).²⁸

Staatliche Institutionalisierungsbemühungen

Aufgrund eines Geschichts- und Staatsverständnisses, demzufolge der laizistische Staat auf Seiten der Religionsgemeinschaften privilegierte Ansprechpartner vorfinden sollte, setzte die politische Suche nach einer repräsentativen Vertretung aller Muslime in Frankreich früher ein als in Deutschland. Bereits unter dem Eindruck der sog. Kopftuch-Affäre rief der damalige Innenminister Pierre Joxe 1990 den „Conseil de réflexion sur l’islam de France“ (CORIF) ins Leben, der eine solche Vertretung der französischen Muslime etablieren sollte, aber zunächst bei den muslimischen Vereinen auf Ablehnung stieß. Auf diesen Erfahrungen aufbauend, unternahm der Staat ab 1999 einen erneuten Versuch, der nach langwierigen Konsultationen 2002 zur Wahl des „Conseil français du culte musulman“ (CFCM) führte. Der CFCM soll alle französischen Moscheen repräsentieren, steht aber seit Jahren in der Kritik. Sowohl von Seiten der Muslime als auch von staatlichen Institutionen wird er als ineffektiv, zerstritten und auslandsgesteuert charakterisiert.²⁹

Ansätze der Imamausbildung in Frankreich

Die Bemühungen um eine Institutionalisierung des Islam wurden von einer Reihe von Initiativen zur Imamausbildung begleitet. Zunächst wurde die UOIF aktiv und initiierte 1990 in Château-Chinon das „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH), u. a. mit der expliziten Zielsetzung der Imamausbildung. Das IESH wird – ebenso wie das Frankfurter „Schwesterinstitut“ EHW – nach Expertenmeinung durch die den Muslimbrüdern nahestehende

Konkurrenz der
Islamverbände

Frankreich
reagiert früher als
Deutschland

Wettlauf um die
Imam-Ausbildung

„Föderation Islamischer Organisationen in Europa“ (FIOE) mit Sitz in Großbritannien unterstützt und gefördert. Das IESH und sein 2001 gegründeter Ableger in der Nähe von Paris³⁰ sollen aber bislang nur wenige Imame ausgebildet haben.

Als „offizielles Gegenmodell“ zur IESH-Initiative wurde seitens der GMP und des Innenministeriums dann 1993 das „Institut Al-Ghazali“ ins Leben gerufen. Hier werden Abschlüsse in „Islamischen Wissenschaften“ und in islamischer Seelsorge angeboten – allerdings haben bislang nur wenige angehende Imame dieses Angebot in Anspruch genommen. Neben diesen beiden Instituten wurden in den 1990er Jahren weitere Einrichtungen, wie etwa das dem marokkanischen Staatsislam und dem FNMF nahestehenden „Institut Avicenne de sciences humaines“ in Lille oder das von der islamischen Weltliga in Riad unterstützte „Institut d’Etudes Islamiques de Paris“ gegründet.³¹ Diese Einrichtungen spielen in der Imamausbildung aber nur eine untergeordnete Rolle und wurden zum Teil mittlerweile wieder geschlossen.

3. Imame und Imamausbildung in der politischen Debatte

3.1 Deutschland

Die Kritik an der bestehenden Praxis der Imamausbildung und Beschäftigung entzündet sich in Deutschland im Wesentlichen an drei Aspekten: der Auslandsbeeinflussung, der Zielgruppenreichung und der theologischen Ausrichtung.

Politische Einflussnahme ausländischer Akteure

Die Entsendung türkischer Imame nach Deutschland steht seit längerem in der Kritik. Als nachhaltig problematisch wurde sie allerdings erst im Zuge der politischen Entwicklungen in der Türkei – insbesondere nach dem gescheiterten Putsch im Juni 2016 – wahrgenommen. Beobachter verzeichnen seither wieder eine zunehmende Anbindung der Verbände an die Türkei und eine gestiegene politische Autoritätshörigkeit der betreffenden Imame und Funktionäre.³² Vor allem nachdem 2017 bekannt wurde, dass türkisch-islamische Strukturen in Deutschland zu Wahlkampf- und Spionagezwecken genutzt wurden, war die Empörung groß. Die Vorwürfe gegen DITIB, aber auch gegen zahlreiche andere Verbände und Gemeinden, letztendlich nicht die Muslime in Deutschland, sondern vielmehr ausländische Akteure und Regierungen zu vertreten, reißt seither nicht ab. Immer wieder werden von Experten und Politikern ein Ende der Entsendepraxis und ein Verbot der Auslandsfinanzierung muslimischer Gemeinden nach österreichischem Vorbild in die Diskussion eingebracht.³³

Empörung über politischen Missbrauch

Mangelnder Bezug zur Lebenswirklichkeit

Ein zweiter Kritikpunkt bezieht sich auf die mangelnde Vertrautheit entsandter Imame mit der deutschen Sprache, Kultur, Politik und Gesellschaft.³⁴ In Deutschland, wie auch in Frankreich, gehen die Erwartungen an den Imam-Beruf immer stärker über die Funktion des klassischen Vorbeters hinaus. Die fehlenden Landes- und Sprachkenntnisse vieler Imame sowie deren hohe Fluktuation werden daher religionspraktisch aber auch integrationspolitisch als kontraproduktiv angesehen.³⁵ Immer weniger in Deutschland geborene und sozialisierte Muslime werden durch aus dem Ausland entsandte Imame angesprochen. Eine Abkehr von den etablierten Strukturen und Verbänden, der Rückzug ins Private oder die Suche nach neuen Organisations- und Ausdrucksformen sind daher gerade unter jungen Muslimen verbreitet.³⁶

Verbände in der Kritik

Förderung eines problematischen Islamverständnisses

Drittens wird das von vielen Imamen vertretene Islamverständnis hinterfragt und kritisiert. Mit dem starken Auslandsbezug ist nach Einschätzung von Beobachtern oftmals eine konservative, teilweise reaktionäre und demokratiefeindliche Interpretation von Glaubensfragen verbunden.

Darüber hinaus gibt es zunehmend Hinweise auf propagandistische Aktivitäten salafistischer Prediger und Rekrutierer in Deutschland. Obwohl in dieser Gruppe viele deutsche Staatsbürger und nicht selten Konvertiten anzutreffen sind, verweisen Verfassungsschutzbehörden in diesem Zusammenhang oft auf Auslandsbezüge und transnationale Verbindungen.³⁷

3.2 Frankreich

Die Kritik an der Ausbildung, Entsendung und Finanzierung von Imamen setzte in Frankreich einige Jahre früher ein als in Deutschland. Die Argumente waren hier aber ähnlich. Auch in Frankreich wurde die mangelnde Vertrautheit der Imame mit Sprache und Kultur kritisiert. Unterschiedliche Akzente sind aber bei der Bewertung des Auslandsbezugs und bei der Diskussion über politische Bildung und Sozialisation feststellbar.

Mangelnder Bezug zu den Werten der Republik

Bereits seit der Jahrtausendwende bemängeln Beobachter und Politiker, dass sich viele der in Frankreich tätigen Imame zu wenig mit den Werten der Republik identifizieren.³⁸ Wie in Deutschland wird dies aus Sorge vor ausländischer Einflussnahme (insbesondere Algeriens, Marokkos und der Türkei), aber vor allem aufgrund innen- und religionspolitischer Überlegungen kritisch gesehen. Auch in Frankreich geborene und aufgewachsene Muslime identifizieren sich immer weniger mit den Predigten der Imame aus den Herkunftsstaaten ihrer Vorfahren. Für den Islam-Experten Hakim El Karoui wird die reale Funktion des „Konsulats-Islam“ daher immer mehr auf administrative Aspekte beschränkt. Die normative und spirituelle Rolle islamischer Autoritäten, so El Karoui weiter, sei in Frankreich weitgehend erodiert und habe radikalen und salafistischen Predigern das Feld überlassen.³⁹ Dieser Befund und das Problem der mangelnden Zielgruppenerreichung werden einer 2017 vom Innenministerium in Auftrag gegebenen Studie zufolge mittlerweile auch von vielen Imamen selbst eingeräumt.⁴⁰

Einfluss der Verbände
erodiert

Unklare Standards und problematische Studieninhalte

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die Studieninhalte der bestehenden Ausbildungsinstitute. Während in Deutschland viel Hoffnung in die neuen Studiengänge der islamischen Theologie gesetzt wird, steht der Weg einer Sicherung von Standards über das staatliche Hochschulsystem aufgrund der Laizität in Frankreich nicht offen. Dementsprechend existieren hier bislang weder einheitliche Anforderungskriterien noch Mechanismen der akademischen Qualitätssicherung.⁴¹ So würden in den Instituten oft nicht wissenschaftliche Forschung und kreative Auseinandersetzung gelehrt und gefördert, sondern bestehende religiöse Normen affirmativ rezipiert.⁴²

Fehlende
Qualitätssicherung

4. Neue Ideen, Initiativen und Projekte

4.1 Deutschland

In der Bundesrepublik wird zurzeit innerhalb von drei thematischen Kontexten über eine Reform und Neuausrichtung der Ausbildung und Beschäftigung von Imamen diskutiert. Dies betrifft zunächst die Einrichtung von Imam-Seminaren durch die Moscheeverbände. Außerdem hat die Diskussion über neue Finanzierungsmodelle muslimischer Gemeinden in Deutschland Ende 2018 wieder an Fahrt aufgenommen. Schließlich werden im Rahmen von Modellprojekten einige Übergangslösungen diskutiert und erprobt.

Die Einrichtung von Imam-Seminaren

Der deutsche Staat kann an seinen Universitäten zwar Forschung und Lehre von islamischer Theologie anbieten, eine akademische Ausbildung von Imamen aber nicht erzwingen.⁴³ Beobachter halten daher die Etablierung von Kooperationsbeziehungen zwischen islamischen Lehrstühlen und islamischen Religionsgemeinschaften für entscheidend. Die

Akademische Ausbildung
nicht zwingend

steigende politische und gesellschaftliche Erwartungshaltung setzt die bislang zurückhaltenden Vereine und Verbände zunehmend unter Druck. Einzelne Vereine signalisieren bereits Bereitschaft, in einen Diskussionsprozess über die Imamausbildung einzutreten. DITIB hingegen setzt weiter auf Abgrenzung und verstärkt seine ohnehin enge Anbindung an Ankara weiter.⁴⁴ Dies führte dazu, dass sich einzelne DITIB-Landesverbände und DITIB-Funktionäre zunehmend kritisch mit den Mutterorganisationen in Köln und Ankara auseinandersetzen und ihr Amt niederlegen.⁴⁵

Erschließung neuer Finanzierungsmodelle

Die staatlich geforderte Emanzipation von „Mutterorganisationen“ im Ausland wirft unweigerlich die Frage der Finanzierung auf. Religiöses Personal wird in Deutschland nicht vom Staat, sondern von den Religionsgemeinschaften bezahlt. Ausnahmen gelten wie in Frankreich nur für einige wenige Bereiche, wie etwa die Militärseelsorge.⁴⁶ Die Mehrheit der in Deutschland tätigen Imame wird daher aus dem Ausland bezahlt, lebt von Spenden und Mitgliedsbeiträgen oder arbeitet ehrenamtlich. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordern Politiker bereits seit einiger Zeit die Heranführung der islamischen Gemeinschaften an das etablierte System der Kirchensteuer.⁴⁷ Die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen durch den Staat (zumeist „Moscheesteuer“ genannt) steht auch als KdöR anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaften prinzipiell offen, scheiterte mit den genannten Ausnahmen aber an der rechtlichen Eignung und Verfasstheit muslimischer Gemeinden.

Da in dieser Frage momentan wenig Bewegung absehbar ist, wird alternativ seit einigen Jahren die Idee diskutiert, islamische Religionslehrer teilweise vom Schuldienst freizustellen und in Teilzeit als Imame an Moscheen zu entsenden.⁴⁸ Dieses Modell scheiterte bislang am Desinteresse von Politik und Moscheeverbänden. Vor dem Hintergrund eines gestiegenen Problembewusstseins und der Verfügbarkeit von in Deutschland ausgebildeten muslimischen Theologen könnte diese Form der Mischfinanzierung eine wichtige Zwischenlösung darstellen.

Schließlich werden im Zusammenhang mit der Finanzierungsfrage auch immer wieder die sog. Staatsleistungen an die Kirchen diskutiert. Dabei wird die Frage aufgeworfen, warum nicht auch Moscheegemeinden mehr von staatlichen Zuwendungen profitieren. Hierzu ist anzumerken, dass diese vergleichsweise geringfügigen Leistungen Kompensationszahlungen für zurückliegende Enteignungen darstellen, die irgendwann abgelöst werden sollen. Hiervon zu unterscheiden sind unterschiedliche Subventionen, Zuschüsse und Fördermittel vom Staat für die Erbringung sozialer Leistungen, die prinzipiell allen Religionsgemeinschaften offenstehen und bereits heute auch von islamischen Vereinen in nicht unerheblichem Maße abgerufen werden.⁴⁹

Übergangslösungen und Modellprojekte

Bis zur umfassenden Klärung dieser Organisations- und Finanzierungsfragen behelfen sich staatliche Stellen auf der Suche nach muslimischen Kooperationspartnern mit einer Reihe von Übergangslösungen und Modellprojekten. Im Falle des islamischen Schulunterrichts und der Einrichtung von islamischen Lehrstühlen hat man sich in Deutschland – anders als in Frankreich – nicht auf eine exklusive Kooperation mit einzelnen muslimischen Verbänden eingelassen. Stattdessen wurden an Universitäten und auf Landesebene sog. theologisch-kompetente Beiräte konstituiert, die vorläufig die grundgesetzlich geforderte Rolle der Religionsgemeinschaft in der Zusammenarbeit mit dem Staat übernehmen. In einzelnen Bundesländern wurden außerdem unter dem Namen „Schura“ (arab. für Rat) Landesverbände islamischer Vereine gegründet, die als Ansprechpartner für die Politik fungieren. In Baden-Württemberg wird seit 2018 darüber hinaus an einem Grundlagenvertrag mit einer eigens gegründeten Stiftung gearbeitet.⁵⁰ In Niedersachsen wird darüber nachgedacht, örtlichen Moscheegemeinden die Bezahlung von in Deutschland ausgebildeten Imamen durch Einrichtung einer Landesstiftung zu ermöglichen.⁵¹

Wer bezahlt die
Imame?

Staat als Sponsor?

Suche nach
Ansprechpartnern

Experimentiert wird auf Seiten staatlicher Stellen, Universitäten und sonstiger Träger auch mit Maßnahmen der Imam-Weiterbildung. Vereinzelt existieren öffentlich und zum Teil auch kirchlich finanzierte Politprojekte, die muslimische Theologen für seelsorgerische Tätigkeiten etwa in Krankenhäusern oder Gefängnissen weiterbilden. Angesichts fehlender politischer Rahmenbedingungen sind die Erfolgsaussichten dieser Maßnahmen gering. Dementsprechend lief das bislang einzige Imam-Weiterbildungsseminar mit akademischem Anspruch im September 2018 aus. Über acht Jahre hatten an der Universität Osnabrück etwa 150 Männer und Frauen Predigtlehre, Seelsorge und deutsche Kultur gelernt.⁵² Das Projekt war von Beginn an als Übergangslösung gedacht und sollte die Notwendigkeit der Einrichtung von Imam-Seminaren weiter deutlich machen.

4.2 Frankreich

Da sowohl die Angebote der islamischen Institute als auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Akteuren in Frankreich zunehmend auf Kritik stoßen, hat auch hier die Diskussion um die Ausbildung, Bezahlung und Beschäftigung französischer Imame deutlich an Dynamik gewonnen.

Ein französischer Groß-Imam?

Vor allem nach den Anschlägen des Jahres 2015 rückte das Thema verstärkt in den Fokus.⁵³ Der damalige Premierminister Manuel Valls hatte importierte Ideologien und ausländische Prediger für die Radikalisierung französischer Jugendlicher verantwortlich gemacht und in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung des Islam in Frankreich zu einem „Islam de France“ gefordert.⁵⁴ Präsident Emmanuel Macron griff diese Wortwahl auf und betonte nach seiner Wahl, dass Imame in Zukunft in Übereinstimmung mit den Werten der Republik ausgebildet werden sollten.⁵⁵ Seit Anfang 2018 arbeitet die Regierung an entsprechenden Konzepten und einer Reform des CFCM, der repräsentativer und weniger von den großen Verbänden beeinflusst werden soll.⁵⁶ Außerdem gibt es Überlegungen, parallel zum unter Napoleon eingerichteten jüdischen Groß-Rabbinat, das Amt eines Groß-Imams für Frankreich zu etablieren.⁵⁷

Anschläge von 2015
erhöhen den Hand-
lungsdruck.

Islamische Theologie im Elsass

Auch in Frankreich ist unbestritten, dass die Professionalisierung des Imam-Berufs eine fundierte theologische Ausbildung voraussetzt. Anders als in Deutschland kann diese aber nicht an staatlichen Universitäten angeboten werden. Allerdings wird schon seit den Siebzigerjahren darüber nachgedacht, an der Straßburger Universität neben den bereits existierenden Fakultäten für evangelische und katholische Theologie auch Lehrstühle für islamische Theologie einzurichten. Hintergrund ist die historisch bedingte Besonderheit, dass im Elsass das Gesetz zur Trennung von Staat und Religionen aus dem Jahre 1905 keine Anwendung findet.⁵⁸ Bislang wurden diesbezügliche Überlegungen aufgrund politischer und verfassungsrechtlicher Vorbehalte aber nicht weiter vorangetrieben.

Professionalisierung
braucht theologische
Ausbildung.

Laizität-Studien für Imame

In Ermangelung staatlich-akademischer Angebote als Grundlage einer Imam-Qualifizierung hat die französische Regierung allerdings ab 2008 unter verschiedenen Bezeichnungen ein- bis zweijährige Studiengänge mit den Fächern „Politik, Religion und Laizität“ gefördert. Diese sog. Laizität-Studiengänge schließen mit einem Hochschul-Diplom ab und werden zurzeit an 18 Standorten angeboten. Die Curricula dieser Programme bestehen aus Modulen zur Staatsbürgerkunde, zum politischen System und zu Rechtsfragen.⁵⁹ Sie haben weder primär den Islam zum Gegenstand, noch richten sie sich ausschließlich an Muslime. Dass sie dennoch auch als Antwort des Staates auf die Problematik der Imamausbildung konzipiert wurden, zeigt die Tatsache, dass das Institut Al-Ghazali eng in die Konzeption des ersten Programms eingebunden war.⁶⁰ Außerdem sieht der französische Staat die Laizität-Studien als Instrument, um ausländische Imame stärker in den französischen Kontext einzubinden. So hat das französische Innenministerium 2015 ein Abkommen mit Algerien

Staatsbürgerkunde
als Theologie-Ersatz?

abgeschlossen, wonach algerische Imame bei ihrer Ankunft in Frankreich einen der Studiengänge absolvieren müssen.⁶¹ Ein ähnliches Abkommen gilt für Imame aus der Türkei und aus Marokko.⁶² Außerdem müssen alle entsandten Imame bei ihrer Einreise in Frankreich mindestens grundlegende Französischkenntnisse besitzen und sind verpflichtet, ihre Sprachkenntnisse nach Ankunft in Frankreich durch obligatorischen Sprachunterricht auf B1-Niveau (fortgeschrittene Sprachverwendung) zu bringen.⁶³

Der Erfolg der Laizität-Studiengänge wird bislang allerdings zurückhaltend eingeschätzt. Da sie weder theologische noch religionspädagogische Elemente vorsehen, können sie bestenfalls ein ergänzender Bestandteil einer Imamausbildung sein. Ähnlich wie im Fall der theologischen Studiengänge in Deutschland kommt eine verbreitete Skepsis seitens der muslimischen Verbände hinzu.⁶⁴ Hier sieht man in den Studiengängen den Versuch einer staatlichen „Umschulung“ in Glaubensfragen.

Partnerschaften und Modellprojekte

Abgesehen von amtlichen Seelsorgern (in Armee, Justizvollzug und Krankenhäusern)⁶⁵ hat der Staat auch in Frankreich nicht die Möglichkeit, den Abschluss eines Laizität-Studiengangs für einheimische Imame verpflichtend einzufordern. Anders als in Deutschland, versucht man aber mit Druck und Kooperationsanreizen auf eine Professionalisierung und Öffnung privater Ausbildungsangebote hinzuwirken. So werden seit 2009 einige Studiengänge (aber keine Abschlüsse) des IESH vom französischen Bildungsministerium anerkannt. Experten werten dies als Indiz für eine Annäherung zwischen den Instituten privater Imamausbildung und dem staatlichen Bildungssystem.⁶⁶

Weitere Beispiele sind die Kooperationsprojekte des Institut Al-Ghazali mit dem Institut Catholique de Paris (ICP) einerseits und der staatlichen Universität Paris-Sud andererseits. Durch die Zusammenarbeit mit einer staatlichen Prüfungskommission oder mit einer öffentlichen Universität sollen diese Modelle die Anerkennung der Diplome des Institut Al-Ghazali gewährleisten und dabei zugleich die theologische Unabhängigkeit der Ausbildung sowie die Einhaltung staatlich vorgegebener akademischer Standards garantieren.⁶⁷ Trotz der offensichtlichen Vorteile ist bislang keine weitere staatliche Universität eine vergleichbare Kooperation mit einem privaten islamischen Institut eingegangen. Auch auf Seiten dieser Institute bestehen Vorbehalte. Aus Sorge vor externer Einmischung geht man hier lieber den Umweg über das Ausland und sucht Partnerschaften mit Universitäten in islamischen Ländern, deren Abschlüsse wiederum in Frankreich anerkannt werden können.

Förderung der Islamwissenschaft

Schließlich werden in Frankreich auch verstärkt die nicht-theologisch ausgerichteten Islamwissenschaften an den staatlichen Hochschulen gefördert. Dies geschieht u. a. durch eine vom Innenministerium gegründete „Fondation pour l’Islam de France“ (FIF), deren Hauptaufgaben explizit die Unterstützung der Ausbildung (nicht deren Bezahlung) von Imamen sowie die Förderung der Islamwissenschaften sind.⁶⁸ Hintergrund der neuen Aufmerksamkeit ist der Niedergang der Islamwissenschaften in Frankreich seit dem Ende der Kolonialzeit und dem dadurch entstandenen Mangel eines akademischen Angebots für das Studium des Islam. Anders als in Deutschland werden die Fragen des Islam in Frankreich primär im Rahmen der Politikwissenschaften und der Soziologie behandelt. Um dies zu ändern, ist die FIF eine Partnerschaft mit dem „Centre national de la recherche scientifique“ (CNRS), einer Art nationalen Forschungsgesellschaft, eingegangen, das seit 2014 in einer Forschungseinheit 300 Islamexperten versammelt. Die Partnerschaft sieht unter anderem vor, Islamwissenschaftszentren in fünf Universitätsstädten zu gründen, neue Stipendienprogramme aufzulegen und Übersetzungen zu fördern. Darüber hinaus unter-

Möglichkeiten
und Grenzen der
Zusammenarbeit
mit Verbänden

Neue Interesse an
der Wissenschaft

stützt die FIF Imame und muslimische Führungskräfte mit Stipendien für Laizität-Studien und für den Französischunterricht.⁶⁹

Neue Finanzierungsmodelle

Die Finanzierung ist auch in Frankreich eine der größten offenen Fragen in der Diskussion um die Ausbildung und Beschäftigung von Imamen. Die privaten islamischen Institute finanzieren sich hauptsächlich durch Studiengebühren und Spenden. Die meisten Moscheen sind ebenfalls auf Spenden angewiesen und können sich keinen hauptberuflichen Imam, geschweige denn Absolventen französischer Universitäten, leisten. Insgesamt wird die Finanzierung von Imamen und Moscheen in Frankreich als mindestens so intransparent angesehen wie in Deutschland.⁷⁰

Halal-Steuer statt
Moschee-Steuer?

Auch in Frankreich wird deshalb über neue Finanzierungsmodelle nachgedacht. Da indirekte Finanzierungen über staatliche Förderprogramme in Frankreich weitaus schwieriger zu realisieren sind als in Deutschland, sorgte zuletzt die von Al Karoui Mitte 2018 erneut ins Gespräch gebrachte „Halal-Steuer“ für Aufmerksamkeit.⁷¹ Nach diesem Modell soll eine Abgabe auf halal-zertifizierte Nahrungsmittel – für die in Frankreich ein lukrativer Markt existiert – zur Finanzierung religiöser Infrastruktur verwendet werden. Bei der Mehrheit der Experten und Muslime stößt dieser Vorschlag allerdings auf Ablehnung. Die „Halal-Industrie“ sei zu unübersichtlich und oft nicht in den Händen von Muslimen. Außerdem sei völlig unklar, wie und von welcher Institution eine solche Steuer erhoben werden könne.⁷²

5. Vergleich und Auswertung

Der Vergleich zwischen gegenwärtiger Praxis und Reformdiskussion zum Thema Imame zeigt in Deutschland und Frankreich auffällige Parallelen, die angesichts unterschiedlicher politischer und juristischer Rahmenbedingungen und abweichender Problemwahrnehmungen allerdings zu teilweise unterschiedlichen Schlussfolgerungen, Strategien und Modellen geführt haben.

Fehlende Ansprechpartner

Beide Länder sehen sich vor der Herausforderung, dass der Staat weder die theologischen Inhalte der Imamausbildung noch die Bedingungen und Voraussetzungen des Imam-Berufs bestimmen kann. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland versuchen daher die Behörden, akademische Angebote zur Imamausbildung zu entwickeln und die muslimischen Verbände zur Annahme dieser Angebote zu bewegen. Auf Seiten der Verbände besteht man zwar auf Mitsprache und maßgeblichen Einfluss bei der inhaltlichen Ausgestaltung dieser Angebote, schafft aber nicht (oder nur eingeschränkt) die Voraussetzungen, um diese Angebote in der Praxis tragfähig zu machen.

Mitsprache ohne
Reformbereitschaft

Die Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen Staat und islamischen Verbänden liegt also in beiden Ländern an dem von ihnen selbst mitverschuldeten Fehlen religiös kompetenter Ansprechpartner. Hier wie dort wird der Islam vorwiegend von ethnisch-nationalen Interessengruppen repräsentiert und organisiert. Im etatistisch geprägten französischen System konnte der Staat nach großen Anstrengungen zwar den CFCM etablieren, dieser ist aber bislang von Kompetenz-, Funktions- und Akzeptanzproblemen geprägt. Dennoch konnte Frankreich eine Reihe von begrenzten Kooperationen mit islamischen Verbänden und Akteuren vereinbaren, bei denen es primär um die Integration staatlicher Hochschulprogramme in bestehende Ausbildungsangebote und Entsendepraktiken geht.

Repräsentative und
religiös kompetenter
Ansprechpartner
fehlen.

Nutzung verfassungsrechtlicher Spielräume

Im korporatistischen deutschen Modell wurde die Bildung einer religiös kompetenten muslimischen Interessenvertretung über die DIK ebenfalls gefordert und gefördert. Da der deutsche Staat durch seine religionsverfassungsrechtliche Ordnung höhere Kooperationsanreize bieten kann, sind hier aber auch die Kooperationsvoraussetzungen höher. Nachdem bis vor wenigen Jahren noch versucht wurde, die bestehenden Verbände zur Erfüllung dieser Voraussetzungen zu drängen, rückt man in jüngerer Zeit hiervon wieder ab. Stattdessen setzt man jetzt auf die Hoffnung, dass sich in absehbarer Zeit eigenständige muslimische Religionsgemeinschaften etablieren, die sich bei der Imamausbildung auf eine Zusammenarbeit mit den akademischen Angeboten der Universitäten einlassen. Möglich war diese Zurückhaltung auch, weil in Deutschland – anders als in Frankreich – der verfassungsrechtliche Spielraum besteht, um auch ohne eine weitergehende Zusammenarbeit mit den Verbänden bei der Institutionalisierung von islamischer Theologie und Lehre an Schulen und Universitäten Fortschritte zu machen.

Kooperationsanreize
in Deutschland

Auch hinsichtlich der Auslandsimame werden in beiden Ländern ähnliche Probleme gesehen, aber zum Teil unterschiedliche politische Konsequenzen gezogen. Hier wie dort ist man sich weitgehend einig, dass der „Konsulats-Islam“ ein Auslaufmodell darstellt und von alternativen Modellen ersetzt werden muss. Aber bereits bei der Begründung zeigen sich Unterschiede. Während in Frankreich – wo weitaus weniger Auslandsimame tätig sind als in Deutschland – vor allem die fehlende Vertrautheit der Imame mit Sprache, Werten und Kultur bemängelt wird, spielt in der deutschen Diskussion die Sorge vor politischer Instrumentalisierung und Beeinflussung durch ausländische Akteure zusätzlich eine erhebliche Rolle. Dies erklärt sich u. a. aus dem nach wie vor starken Türkei-Bezug muslimischer Institutionen in Deutschland. Als Konsequenz ist man in Deutschland zurückhaltender hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit ausländischen Akteuren. Demgegenüber versucht der französische Staat weiterhin, durch Abkommen und Vereinbarungen mit muslimischen Partnerländern auf eine bessere Qualifizierung von Imamen hinzuwirken. Zusätzlich sieht man in der Gewährung bzw. Vorenthaltung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen für Imame in Frankreich einen wichtigen Kontrollmechanismus.

Frankreich stellt
Bedingungen.

Überzogene Erwartungen?

Auffällig ist in beiden Ländern schließlich die hohe politische und gesellschaftliche Erwartungshaltung an im Inland ausgebildete Imame. Hier wie dort werden sie nicht nur als Vorbeter und Seelsorger, sondern auch als Sozialarbeiter, Familienberater, Integrationslotsen, Übersetzer und Lehrer gesehen. Diese Zuschreibungen stehen in keinem Verhältnis zur Rolle des Imams in der heutigen islamischen Welt, wo seine (staatlich kontrollierte) Funktion auf praktische und kultische Aspekte der Religionsausübung beschränkt ist. Beobachter in beiden Ländern warnen daher vor einer Überhöhung der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung von Imamen und geben zu bedenken, dass eine Sozialisierung und Ausbildung in Europa keineswegs eine Garantie für den Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit darstellt.⁷³ Auch in dieser Hinsicht hat Frankreich Deutschland einige ernüchternde Erfahrungswerte voraus. Ausgerechnet der umstrittene salafistische Imam von Brest hatte einen der staatlich geförderten Laizität-Studiengänge absolviert.⁷⁴

Imame sind mehr als
Vorbeter.

6. Schlussfolgerungen

Vergleichend lässt sich festhalten, dass auf beiden Seiten des Rheins eine starke Problemwahrnehmung und ein hoher Handlungsdruck vorliegen. Das deutsche Modell der Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften bietet bei der Etablierung einer Imamausbildung gewisse Vorteile. Deutschland konnte hierdurch akademische Angebote als Grundlage einer inländischen Ausbildung aufbauen, ohne sich von Dachverbänden oder ausländischen Regierungen abhängig zu machen. Dennoch liefern die französischen Erfahrungen für die deutsche Politik einige Erkenntnisgewinne.

Vorteile für das
deutsche Koopera-
tionsmodell

Zunächst besteht der grundsätzliche Eindruck, dass islampolitisch vieles in Frankreich früher und entschlossener in Angriff genommen wurde und insgesamt zu einem höheren *Policy-Output* geführt hat als hierzulande. Gleichzeitig ist aber auch feststellbar, dass die Diskussion zum Islam in Frankreich von noch stärkeren politischen und gesellschaftlichen Ausschlägen begleitet war als (bislang) in Deutschland. Dies ist nicht nur den unterschiedlichen politischen Systemen und Kulturen Deutschlands und Frankreichs geschuldet, sondern auch der älteren und deutlicher sichtbaren muslimischen Präsenz im Land und der (bislang) stärkeren Betroffenheit Frankreichs von islamistischer Radikalisierung und vom dschihadistischen Terrorismus.⁷⁵

Wenn daher die Diskussion um im Inland sozialisierte und ausgebildete Imame in Deutschland in etwas abgeschwächter Form verläuft als in Frankreich, ist dies weniger als Hinweis auf eine bessere Ausgangslage oder Problemlösungskompetenz zu werten, sondern vor allem diesen unterschiedlichen Rahmenbedingungen geschuldet. Aus diesem Grund sollten die Vielzahl von flexiblen Ansätzen und Modellen und das hohe politische, mediale und akademische Gewicht, das der Imamausbildung in Frankreich zukommt, auch in Deutschland zum Anlass genommen werden, um eine noch breiter und systematischer angelegte Diskussion zu führen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die hohe Praxistauglichkeit französischer Islamexpertise. Dies legt nahe, auch in Deutschland stärker über die Etablierung policy-orientierter Politikberatung im Bereich der Religions- bzw. Islampolitik nachzudenken.

Mehr Erfahrungs-
werte in Frankreich

Außerdem fällt das französische Bemühen auf, die Bedingungen für die Entsendung von Imamen mit ausländischen Regierungen zu verhandeln. Trotz der berechtigten deutschen Bedenken gegen die bisherige Entsendepraxis, spricht nichts dagegen, bis zur Etablierung einheimischer Modelle die Modalitäten der Entsendung von Imamen mit ausländischen Partnern präziser festzulegen. Zu diesen Modalitäten sollten der Nachweis von Sprach- und Landeskenntnissen, aber auch politische Selbstverpflichtungen und finanzielle Transparenz gehören. Im Falle einer Kooperationsverweigerung, auch das zeigt das französische Beispiel, besteht mit der Nicht-Erteilung von Visa ein wirksames Instrument, um als unerwünscht oder sogar gefährlich eingestufte Prediger an der Einreise zu hindern.

Insgesamt bleibt der ernüchternde Befund, dass in beiden Ländern bislang kein tragfähiges und allgemein akzeptiertes Modell der Ausbildung und Beschäftigung von islamischen Geistlichen in Sicht ist. Deutschland hat zwar die akademischen Grundlagen geschaffen, sucht bislang aber noch nach theologisch kompetenten Partnern und Wegen einer praktischen Umsetzung. Französische Behörden haben viel Expertise aufgebaut, unterschiedliche Modelle erprobt und ehrgeizige Pläne entwickelt, bislang aber keine einheitlichen akademischen Standards für die Imamausbildung durchsetzen können. Deutsche und französische Moscheen werden daher auch bis auf weiteres noch ohne Imame „made in Europe“ auskommen müssen.

Bis auf weiteres
keine Imame
„made in Europe“

- 1 Vgl. Grundsatzrede des Bundesinnenministers zum Auftakt der 4. Deutschen Islam Konferenz, zit. nach <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/reden/DE/2018/11/rede-dik-20181128.html> (abgerufen am 04.01.2019).
- 2 Befragung der Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Merkel in Berlin vor dem Deutschen Bundestag (Protokoll des Deutschen Bundestages), zit. nach <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/befragung-der-bundesregierung-mit-bundeskanzlerin-merkel-1560426> (abgerufen am 04.01.2019).
- 3 Zu DITIB vgl. Beilschmidt, Theresa: Gelebter Islam. Eine empirische Studie zu DITIB-Moscheegemeinden in Deutschland, Bielefeld 2015 sowie Yasar, Aysun: Die DITIB zwischen der Türkei und Deutschland. Untersuchungen zur Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., Würzburg 2012.
- 4 Für eine Typologie der in Deutschland tätigen Imame vgl. Ceylan, Rauf: Die Prediger des Islam. Wer sie sind und was sie wirklich wollen, Freiburg/Basel/Wien 2010.
- 5 Vgl. Laurence, Jonathan: The Emancipation of Europe's Muslims. The State's Role in Minority Integration, Princeton 2012, S. 133 ff sowie Kamp, Melanie: Mehr als Vorbeter. Zur Herkunft und Rolle von Imamen in Moscheevereinen, in: Spielhaus, Riem/Färber, Alexa (Hrsg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin, Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Berlin 2006, S. 44.
- 6 Zum Weiterbildungsangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung für angehende DITIB-Imame vergleiche Ceylan, Rauf: Imamschulungen durch die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei: Inhalte, Erfahrungen und Perspektiven, in: Ucar, Bülent (Hrsg.): Imamausbildung in Deutschland. Islamische Theologie im europäischen Kontext, Osnabrück 2010, S. 351–358.
- 7 Die Angaben schwanken und sind zum Teil widersprüchlich. Zum sog. „Ululararasi İlahiyat Programı“ (UIP) vgl. die veralteten Angaben auf der DITIB-Homepage: <http://www.ditib.de/default1.php?id=8&sid=60&lang=de> (abgerufen am 05.01.2019). Für eine kritische Einschätzung des UIP-Programms vgl. Kayman, Murat: Große Erwartungen, falsche Voraussetzungen, 04. April 2018, zit. nach <http://murat-kayman.de/2018/04/04/grosse-erwartungen-falsche-voraussetzungen/> (abgerufen am 05.01.2019).
- 8 Zahl nach www.ditib.de (abgerufen am 05.01.2019).
- 9 Zur Zahl der Imame und Moscheen in Deutschland liegen lediglich Schätzungen vor. Vgl. hierzu Halm, Dirk/Sauer, Martina/Schmidt, Jana/Stichs, Anja: Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Forschungsbericht 13, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2012.
- 10 Grundsätzlich zur Imam-Ausbildung in Deutschland vgl. den Sammelband von Ucar 2010.
- 11 IGMG gehört zur transnational agierenden Milli Görüş-Bewegung und gilt als nationalistisch-islamistisch. In jüngerer Zeit sind deutliche Tendenzen der Annäherung von DITIB und IGMG feststellbar. Vgl. hierzu die Einschätzung des ehemaligen DITIB-Funktionärs und Bloggers Kayman 2018.
- 12 Zit. nach www.igmg.org (abgerufen am 05.01.2019).
- 13 VIKZ beruft sich auf die sog. „Süleymanlılar“-Bewegung und wird von den meisten Beobachtern als konservativ, verschlossen und eher unauffällig beschrieben.
- 14 Zit. nach www.vikz.de/index.php/organisation.html (abgerufen am 05.01.2019).
- 15 Vgl. die Selbstdarstellung des IGBD auf http://igbd.org/?page_id=1653 (abgerufen am 06.01.2019).
- 16 Vgl. „Problematisches Islaminstitut“, in: Frankfurter Rundschau vom 22.02.2014, S. 25.
- 17 Vgl. Kamp 2006, S. 42.
- 18 Vgl. Busch, Reinhard/Goltz, Gabriel: Die Deutsche Islam Konferenz. Ein Übergangsformat für die Kommunikation zwischen Staat und Muslimen in Deutschland, in: Meyer, Hendrik/Schubert, Klaus (Hrsg.): Politik und Islam, Wiesbaden 2011, S. 29–46.
- 19 Vgl. hierzu Ceylan, Rauf/Jacobs, Andreas: Islam als Beruf. Beschäftigungsperspektiven für Absolventen der Studiengänge „Islamische Theologie“ in Deutschland, Analysen und Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 320, Oktober 2018.
- 20 Vgl. „Ausbildung und Finanzierung von Imamen: Sache der Religionsgemeinschaften“, Interview mit Prof. Heinrich de Wall, in: IslamiQ vom 23.12.2018, zit. nach <http://www.islamiq.de/2018/12/23/ausbildung-und-finanzierung-von-imamen-sache-der-religionsgemeinschaften/> (abgerufen am 13.01.2019).
- 21 Vgl. Kayman 2018.
- 22 Vgl. hierzu: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Islam und Staat in Deutschland. Dokumentation der Fachtagung: Rechtliche Optionen für Kooperationsbeziehungen zwischen Staat und muslimischen Gemeinschaften, 11. bis 14. Oktober 2018.
- 23 Vgl. hierzu Stegmann, Ricarda: Verflochtene Identitäten. Die Große Moschee von Paris zwischen Algerien und Frankreich, Göttingen 2018.
- 24 Vgl. El Karoui, Hakim: Un islam français est possible, Rapport/Institut Montaigne, Paris 2016, S. 54.
- 25 Vgl. ebd., S. 54.
- 26 Zur GMP vergleiche Stegmann 2018.

- 27 Für die verschiedenen Zahlen und Schätzungen vgl. Messner, Francis: Rapport sur la formation des cadres religieux musulmans, Paris 2013, zit. nach http://dres.misha.cnrs.fr/IMG/pdf/rapp_messner_version_diffusion.pdf (abgerufen am 02.01.2019), S. 19; Hackett, Conrad: 5 facts about the Muslim population in Europe, Pew Research Center, November 2017, zit. nach www.pewresearch.org/fact-tank/2017/11/29/5-facts-about-the-muslim-population-in-europe/ (abgerufen am 02.01.2019); sowie Zwilling, Anne-Laure: L'enseignement de l'islam dans les universités en France: une histoire mouvementée, in: Aoun, Marc/Tuffery-Andrieu, Jeanne-Marie (Hrsg.): Droit et religion. Etudes en l'honneur de Francis Messner, Strasbourg 2014, S. 239–259.
- 28 Vgl. Goulet, Nathalie/Reichardt, André: De l'Islam en France à un Islam de France, établir la transparence et lever les ambiguïtés, Sénat/Rapport d'information No 757, 5. Juli 2016, zit. nach: <http://www.senat.fr/rap/r15-757/r15-7571.pdf> (abgerufen am 15.01.2019).
- 29 Vgl. Vöcking, Hans: Französischer Islam oder Islam in Frankreich?, in: Herder Korrespondenz, Nr. 6/2018, S. 36.
- 30 Vgl. die offizielle Homepage des IESH: <https://ieshdeparis.fr/> (abgerufen am 15.01.2019).
- 31 Vgl. Fregosi, Franck: Pour une formation des imams de France, Intervention prononcée lors du colloque du 14 février 2005 Islam de France, Fondation Res Publica, zit. nach https://www.fondation-res-publica.org/Pour-une-formation-des-imams-de-France_a64.html (abgerufen am 15.01.2019).
- 32 Vgl. Karahan, Engin: Umbruch an der Basis. Neue islamische Akteure, in: Herder Korrespondenz, Nr. 9/2018, S. 16–18.
- 33 Zur kritischen Diskussion dieser Vorschläge vgl. de Wall 2018 und Heinig, Hans Michael: Bindung an Ankara. Warum der Prozess mit den Islamverträgen ins Stocken geraten ist, in: zeitzeichen, Nr. 4/2017, S. 50.
- 34 Vgl. hierzu Ceylan 2009 sowie Kamp 2006, S. 44.
- 35 Pick, Ulrich: Das ungelöste Problem der Imam-Ausbildung, in: Deutschlandfunk vom 08.06.2018, zit. nach: https://www.deutschlandfunk.de/islamische-gemeinden-in-deutschland-das-ungeloeste-problem.724.de.html?dram:article_id=419883 (abgerufen am 02.01.2019).
- 36 Vgl. Karahan 2018 sowie allgemein hierzu Blume, Michael: Islam in der Krise. Eine Weltreligion zwischen Radikalisierung und stillem Rückzug, Ostfildern 2017.
- 37 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Verfassungsschutzbericht 2017, S. 196. Zit nach <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf> (abgerufen am 06.01.2019).
- 38 Vgl. Zwilling 2014; Goulet/Reichardt 2016 sowie Messner 2013, S. 4.
- 39 Vgl. El Karoui 2016, S. 54.
- 40 Vgl. Benzine, Rachid/Mayeur-Jaouen, Catherine/Philip-Gay, Mathilde: Mission de réflexion sur la formation des imams et des cadres religieux musulmans, Rapport, o.O. 2017, S. 16. Zit. nach https://www.letudiant.fr/static/uploads/mediatheque/EDU_EDU/6/3/1455063-rapport-sur-la-formation-des-imams-4-original.pdf (abgerufen am 02.01.2019).
- 41 Vgl. Goulet/Reichardt 2016.
- 42 Vgl. Bras, Jean-Philippe/Mervin, Sabrina (Hrsg.): L'enseignement de l'Islam dans les écoles coraniques les institutions de formation islamique et les écoles privées, IISMM/EHESS, Paris, Juli 2010, S. 66. Zit. nach <https://f-origin.hypotheses.org/wp-content/blogs.dir/2204/files/2016/04/RAPPORT-ENSEIGNEMENT-ISLAMIQUE-final.pdf> (abgerufen am 02.01.2019).
- 43 Vgl. de Wall 2018.
- 44 Vgl. „Führung durch Geheimhaltung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.01.2018, S. 4.
- 45 Vgl. „Türkische Religionsbehörde. Gummiball zwischen Hannover und Ankara“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.11.2018, S. 4.
- 46 Vgl. de Wall 2018.
- 47 Zuletzt kam diese Diskussion im Dezember 2018 auf. Vgl. hierzu „Terror-Geld für Moscheen in Deutschland“, in: BILD vom 29.12.2018, S. 1–2.
- 48 Vgl. „Imame in Teilzeit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.12.2018, S. 5.
- 49 Vgl. de Wall 2018.
- 50 Vgl. „Auf der Suche nach neuen Provisorien. Baden-Württemberg will den islamischen Religionsunterricht über eine Stiftung organisieren“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.07.2018, S. 1/4.
- 51 Vgl. „Grüne sammeln Geld für Imame“ in: die tageszeitung vom 16.10.2018, S. 25.
- 52 Vgl. hierzu die Homepage des Programms: https://www.islamische-theologie.uni-osnabrueck.de/studium/imamweiterbildung.html?no_cache=1 (abgerufen am 07.01.2019).
- 53 Vgl. Zwilling 2014 sowie Galetti, Nino/Wissmann, Nele Katharina: Paris will einen französischen Islam. Frankreichs Islam-Debatte nach den Terroranschlägen von 2015/2016, Reihe: Länderbericht, Hrsg. v. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin 2016.
- 54 Vgl. Hoffner, Anne-Bénédicte: Sur l'Islam, Manuel Valls veut investir le champ de la formation, in: La Croix vom 03.03.2015, zit. nach www.la-croix.com/Religion/Actualite/Sur-l-islam-Manuel-Valls-veut-investir-le-champ-de-la-formation-2015-03-03-1286901 (abgerufen am 02.01.2019).

- 55 Vgl. „Collomb favorable à l'intervention de l'État dans la formation des imams“, in: Europe 1 vom 11.02.2018, zit nach www.europe1.fr/politique/collomb-favorable-a-l-intervention-de-letat-dans-la-formation-des-imams-3571427 (abgerufen am 02.01.2019).
- 56 Vgl. Chambraud, Cécile: Comment le gouvernement veut réguler l'islam en France, in: Le Monde vom 23.11.2018, zit nach www.lemonde.fr/religions/article/2018/11/23/l-executif-veut-monter-le-niveau-d-exigence-envers-les-gestionnaires-de-lieux-de-culte_5387260_1653130.html (abgerufen am 02.01.2019).
- 57 Vgl. „Grand imam, redevance sur le halal, cours d'arabe : les propositions de l'Institut Montaigne“, in: Le Monde vom 19.09.2016.
- 58 Vgl. hierzu Akgönül, Samim: Der Religionsunterricht in Frankreich, in: Aslan, Ednan (Hrsg.): Islamische Erziehung in Europa, Wien/Köln/Weimar 2009, S. 135.
- 59 Vgl. Rapport annuel de l'observatoire de la laïcité 2017–2018, Paris 2018, S. 176. Zit. nach: www.gouvernement.fr/sites/default/files/contenu/piece-jointe/2018/05/laicite_rapport_annuel_2017-2018_v9-web_0.pdf (abgerufen am 02.01.2019).
- 60 Vgl. Zwilling 2014.
- 61 Vgl. Corbier, Marie-Christine: Formation des imams: ce que font les université, in: Les Echos, zit. nach: www.lesechos.fr/19/11/2015/lesechos.fr/021494539139_formation-des-imams---ce-que-font-les-universites.htm (abgerufen am 08.01.2019).
- 62 Vgl. Rapport annuel de l'observatoire de la laïcité 2017–2018, S. 176 sowie Thiolay, Boris: Le Maroc, fabrique d'imams français, in: L'Express vom 30.03.2017, zit. nach www.lexpress.fr/actualite/societe/religion/le-maroc-fabrique-d-imams-francais_1893717.html (beide abgerufen am 08.01.2019).
- 63 Vgl. Goulet/Reichardt 2016.
- 64 Vgl. Zwilling 2014, S. 247, ähnlich Stegmann 2018, S. 175.
- 65 Vgl. Rapport annuel de l'observatoire de la laïcité 2017–2018, S. 176.
- 66 Vgl. Zwilling 2014, S. 249.
- 67 Vgl. Mission de réflexion sur la formation des imams et des cadres religieux musulmans Rapport, o.O. 2017, S. 38. Zit. nach www.letudiant.fr/static/uploads/mediatheque/EDU_EDU/6/3/1455063-rapport-sur-la-formation-des-imams-4-original.pdf (abgerufen am 15.01.2019).
- 68 Vgl. Interview mit Jean-Pierre Chevènement, Vorsitzender des FIF, in: Public Sénat vom 05.02.2018, zit. nach www.publicsenat.fr/article/politique/notre-but-a-moyen-terme-est-de-faire-en-sortre-qu-il-y-ait-un-islam-cultive-affirme (abgerufen am 10.01.2019).
- 69 Vgl. hierzu die Selbstdarstellung der FIF zit. nach <http://fondationdelislamdefrance.fr/> (abgerufen am 20.01.2019).
- 70 Vgl. Galetti/Wissmann 2018.
- 71 Vgl. El Karoui, Hakim: La fabrique de l'islamisme, Rapport/Institute Montaigne, Paris 2018.
- 72 Vgl. „La taxe halal, une mesure difficilement applicable“, in: Le Figaro vom 04.08.2016.
- 73 Vgl. hierzu beispielsweise Ceylan/Jacobs 2018 sowie El Karoui 2018.
- 74 Vgl. Beyer, Caroline: Laïcité: les échecs en série de la formation des imams, in: Le Figaro vom 21.09.2018.
- 75 Vgl. hierzu Jacobs, Andreas/Samaan, Jean-Loup: Countering Jihadi Terrorism. A Comparative Analysis of French and German Experiences, in: Terrorism and Political Violence, Nr. 1–2/2018.

Impressum

Die Autoren

Andreas Jacobs ist Koordinator Islam und Politik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Janosch Lipowsky ist Trainee im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Andreas Jacobs

Koordinator Islam und Politik
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3744
andreas.jacobs@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR

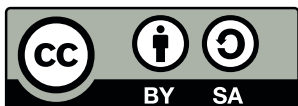
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Druck: copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-528-4



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite

© Ibrakovic, iStock by Getty Images